

(Arbeitnehmer-)Politik im globalisierten Kapitalismus

1. Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert	76
2. Globalisierter Kapitalismus und Demokratie	78
3. Der Angriff auf den Wohlfahrtsstaat geht weiter	80
4. „Free trade is efficient“ – für wen?	82
5. Soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung	83
6. Policy Coherence	84
7. Sonderfall EU – trotzdem verliert Europa sein Gesellschaftsmodell	85
8. Arbeitnehmer und Gewerkschaften im globalisierten Kapitalismus	86
9. Was tun?	89

Eva Belabed

war Leiterin der Abteilung Europa-politik und des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der AKOÖ, Vertreterin der AK im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und zuletzt in der Österreichischen Vertretung bei der OECD in Paris

Auszug aus WISO 1/2014

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert

*Kapitalismus
produziert
steigende
Ungleichheit*

Unter diesem Titel hat der französische Ökonom und Verteilungsforscher Thomas Piketty 2013 eine umfassende Analyse der Entwicklung des Kapitalismus vorgelegt¹. Die zentrale Erkenntnis: Steigende Ungleichheit ist ein unvermeidbares Ergebnis des Kapitalismus. Lediglich im 20. Jahrhundert gab es eine Phase, in der die Ungleichheiten zurückgingen. Während Piketty diese Phase vom ersten Weltkrieg bis in die 1970er-Jahre datiert, stellt Stephan Schulmeister in seiner Gegenüberstellung von Real- und Finanzkapitalismus² diese Phase in die kürzere Zeit des Wirtschaftswunders nach dem zweiten Weltkrieg bis in die 1970er-Jahre.

Makroökonomisch gesehen unterscheidet sich diese Ära geringerer Ungleichheiten vor allem dadurch, dass die Wachstumsrate der Wirtschaft höher war als der langfristige Realzins.³ In dieser Konstellation sind, wie Stephan Schulmeister beschreibt, Investitionen in die Realwirtschaft interessanter als Finanzinvestitionen. Deshalb wurde auch in die Realwirtschaft investiert, das schaffte Arbeitsplätze und Einkommen. Zusammen mit dem Steuersystem, der gemischten Wirtschaft und dem Wohlfahrtsstaat schuf das die Bedingungen für das Wirtschaftswunder und eine relativ egalitäre Gesellschaft.

(Interessen-)politisch unterscheidet Schulmeister zwischen drei großen gesellschaftlichen Gruppen: Realkapital, Finanzkapital und Arbeitnehmer. In der Phase des Wirtschaftswunders stehen sich nach Schulmeister die Interessen von Realkapital und Arbeitnehmern näher als die von Real- und Finanzkapital. Dadurch entstand eine politische Dynamik, die hohes Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine relativ egalitäre Verteilung und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates ermöglichte. Die Sozialpartnerschaft ist ein Ausdruck dieser Interessenlage.

fehlende Systemkonkurrenz

Auch die Systemkonkurrenz mit dem Kommunismus trug dazu bei. Die Unterstützung des Wiederaufbaus in Europa nach dem zweiten Weltkrieg mit dem von den USA entwickelten und unterstützten Marshallplan hatte vor allem zum Ziel, in Europa die Marktwirtschaft zu festigen. Dass dabei eine europäische Variante des Kapitalismus entwickelt wurde, lag zum Teil an den

gesellschaftlichen Präferenzen für eine egalitäre Gesellschaft, die in Kontinentaleuropa stärker ausgeprägt ist als in den angelsächsischen Ländern.

Insgesamt entstand also eine Variante des Kapitalismus, in der der soziale Zusammenhalt und eine gemischte Wirtschaft wichtige Pfeiler waren und der eine Dynamik entwickelte, die nicht Ungleichheit, sondern das Entstehen einer starken Mittelklasse förderte und damit die Demokratie sicherte. Das war nach den desaströsen Erfahrungen der faschistischen Diktatur ein breites Anliegen über fast alle politischen Lager hinweg.

Kontinentaleuropa: Variante des Kapitalismus, der sozialen Zusammenhalt förderte

Noch während die Wirtschaft sich wieder erholte und der Wohlstand in Europa langsam wieder anstieg, setzten bereits in den 1940er-Jahren Anstrengungen ein, das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen und den Status quo ante wieder herzustellen. Eine zunächst kleine Gruppe von Intellektuellen um Hayek, Friedman und andere begann mit der Erarbeitung der theoretischen Grundlagen für den Neoliberalismus.⁴ Damit wurden die Grundlagen für den in den 1970er-Jahren einsetzenden Backlash gelegt.

Neoliberale versuchten aber frühen Backlash

Nixon versetzte dann 1971 mit der Aufkündigung der Verträge von Bretton Woods dem auf stabile Wechselkurse gebauten Weltwirtschaftssystem den entscheidenden Stoß. Die Wirtschaft war wieder frei für floatende Wechselkurse und die dadurch erforderlichen Absicherungen über Credit Default Swaps und andere Finanzinnovationen. Der Weg war frei für die Finanzialisierung der Wirtschaft.

Aufkündigung der Bretton-Woods-Verträge

Die Interessen von Realkapital und Finanzkapital näherten sich als Reaktion auf das Erstarken der Gewerkschaften wieder an.⁵ Schulmeister hat diese Entwicklung als die neue Spielanordnung des Kapitalismus beschrieben, in der Finanzinvestitionen aufgrund der höheren Renditen attraktiver wurden als Realinvestitionen – mit all den Folgen, die wir in den letzten Jahren gesehen haben.

Der Kapitalismus kehrte zurück zu „normalen Zeiten“, in denen Märkte so arbeiten, wie man das von ihnen erwartet, und die Ungleichheit steigt. Je perfekter der Kapitalmarkt arbeitet, desto höher die Kapitalrendite im Vergleich zur Wachstumsrate der Wirtschaft und desto höher die Kapitaleinkommen im Vergleich zu

den Arbeitseinkommen, d.h. die Lohnquote sinkt. Und nachdem Kapitaleinkommen stärker konzentriert sind als Arbeitseinkommen, wird auch die personelle Einkommensverteilung ungleicher. Und genau das ist in den letzten 30–40 Jahren passiert.

*Folgen
zunehmender
Ungleichheit von
Einkommen und
Vermögen*

Zunehmende Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen haben Ungleichheiten auch in anderen Bereichen zur Folge: im Zugang zu Bildung, Information, Macht und Entscheidungen. Wirtschaftliche und politische Macht konzentrieren sich zunehmend in den Händen von Eliten. Sozialwissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer Refeudalisierung. Jakob Augstein spitzt diese Erkenntnis in seinem neuen Buch noch deutlicher zu, wenn er sagt: Wir müssen uns entscheiden zwischen Demokratie und Kapitalismus⁶.

Die Arbeiterbewegung wurde auf dem falschen Fuß erwischt bzw. systematisch geschwächt. Die Sozialdemokratie verlor in diesem geänderten System langsam, aber sicher den Kompass. Besonders deutlich zeigte sich das bei Blair und Schröder, die mit ihren Vorstellungen von einem Dritten Weg versuchten, innerhalb der veränderten Mechanismen und Machtverhältnisse zu reagieren, Schröder mit dem Schwerpunkt auf den Arbeitsmärkten und im Sozialsystem, Blair mit der Entfesselung der Londoner City.

2. Globalisierter Kapitalismus und Demokratie

*Demokratie ist
auf nationaler
Ebene stecken
geblieben*

Während die Wirtschaft schon lange global handelt, ist die Demokratie auf der nationalen Ebene „stecken geblieben“. Auf der internationalen Ebene wurden zwar Institutionen geschaffen, in denen Regeln für die globale Wirtschaft und internationale Zusammenarbeit erarbeitet und vereinbart, ihre Einhaltung überwacht und ggf. Maßnahmen ergriffen werden, Verstöße zu ahnden oder Krisen zu verhindern bzw. zu reparieren. Ihre Arbeitsweise unterscheidet sich jedoch markant von den Institutionen, die auf nationaler Ebene existieren. So gibt es in keiner dieser Institutionen ein Parlament. Einzige Ausnahme ist die EU, die aber mit den globalen Institutionen nicht vergleichbar ist (siehe dazu unten).

Die wichtigsten sind: die UNO und ihre Teilorganisationen, von denen aus Arbeitnehmersicht die Internationale Arbeitsorgani-

sation (IAO) eine besondere Relevanz hat, die Bretton-Woods-Institutionen Weltbank (WB) und Internationaler Währungsfonds (IWF), die für eine stabile Entwicklung der Weltwirtschaft zuständig sind, die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die auf entwickelte Länder spezialisierte OECD⁷ sowie einige regionale Entwicklungsbanken, die zum Teil zum Umfeld der Weltbank gehören, zum Teil zur EU, wie die für Osteuropa geschaffene EBRD⁸.

Gemeinsam ist den internationalen Organisationen, dass sie jeweils für bestimmte Aufgaben zuständig sind, von den jeweiligen Mitgliedsländern finanziert werden, die dafür jeweils vereinbarten Mitbestimmungsrechte bekommen und ihre Vertreter in die Gremien entsenden. Je nach dem Aufgabengebiet der Organisation sind das entweder die Regierungschefs oder fachlich betroffene Ministerien samt Experten. Die Macht konzentriert sich bei den großen Ländern, die den größten Anteil der Finanzierung tragen und auch nicht zögern, diese auszusetzen, wenn die Organisationen unbotmäßig handeln.

internationale Organisationen: Machtkonzentration bei großen Ländern ...

Gemeinsam ist diesen Organisationen auch, dass Gewerkschaften bestenfalls Zaungäste im Rahmen regelmäßiger Konsultationen, aber mit bescheidenem Einfluss sind – mit Ausnahme der IAO, in der die Gewerkschaften mit Arbeitgebern und Regierungen am Tisch sitzen. Bedauerlicherweise hält sich auch das Interesse auf der nationalen Ebene in Grenzen und die Ressourcen der internationalen Gewerkschaftsbüros sind viel zu klein. Dass sie angesichts dieser schiefen Kräfteverhältnisse mit den Vertretern der Arbeitgeber und den Lobbys der Finanzwirtschaft überhaupt mithalten können, geht in erster Linie auf das enorme Engagement und den Einsatz der in diesen Büros tätigen Mitarbeiter zurück.

... und Gewerkschaften haben nur bescheidenen Einfluss

Und last, not least, gemeinsam ist diesen Organisationen auch, dass Verhandlungen in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und sie über kein Parlament verfügen. Der Einzige, der meines Wissens jemals eine Diskussion über die Einrichtung einer parlamentarischen Dimension in „seiner WTO“ angestoßen hat, war der frühere Generaldirektor der WTO, Pascal Lamy. Auch diese Diskussion ist offensichtlich wieder eingeschlafen.

Verhandlungen i.d.R. unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Pascal Lamy hat auch – noch in seiner Zeit als EU-Handelskommissar – eine Debatte darüber angestoßen, dass kollektive Präferenzen der Bevölkerung auf nationalstaatlicher Ebene sehr wohl eine Berechtigung haben gegenüber dem Mantra des Freihandels, der freien Märkte und der Globalisierung.⁹ Auch dieser Ansatz hat sich nicht durchgesetzt, im Gegenteil. Nach dem Scheitern des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI)¹⁰, in dem bereits vor Jahren versucht wurde, einen Investitionsschutz gegenüber demokratischen Entscheidungen zur Festlegung von Arbeits-, Sozial- oder Umweltstandards auf globaler Ebene zu sichern, wird nunmehr mit dem geplanten transatlantischen TTIP¹¹ ein neuerlicher Versuch in diese Richtung unternommen.

3. Der Angriff auf den Wohlfahrtsstaat geht weiter¹²

Weltbank und IWF arbeiteten lange nach Konzept des Washington Consensus

Weltbank und Internationaler Währungsfonds arbeiteten lange Zeit nach dem Konzept des Washington Consensus¹³, der davon ausging, man brauche nur die Angebotsseite der Wirtschaft und den freien Welthandel „zu entfesseln“, dann würde die Wirtschaft wachsen und die damit verbundene Steigerung des Wohlstands würde sich automatisch auf die gesamte Bevölkerung ausbreiten¹⁴, ohne dass man mit politischen Maßnahmen für eine ausgeglichene Verteilung sorgen müsse. Das Maßnahmenbündel, mit dem man dies erreichen könne, umfasse ein Programm zur Zurückdrängung der Rolle des Staates, zur Liberalisierung des Handels, zur Deregulierung der Produkt- und Arbeitsmärkte, zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen inklusive des Gesundheitswesens und der sozialen Schutzsysteme.

Passend zu diesem Konzept entwickelte die Weltbank ab den 1980er- und 1990er-Jahren Vorschläge für eine Reform der Pensionssysteme, in deren Zentrum die Entwicklung der Finanzmärkte und der Ersatz der Umlagesysteme durch kapitalgedeckte Systeme stand. Obwohl nach Berechnungen der OECD die Krise 25 % (!) des Kapitals in den Pensionsfonds vernichtete, empfahl die OECD trotzdem, weiter am System privater kapitalgedeckter Pensionen festzuhalten.¹⁵

Kritik der Weltbank an Europäischen Wohlfahrtsstaat

2012 veröffentlichte die Weltbank eine Studie, in der sie den Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung attackierte.¹⁶ Europa habe es zwar geschafft, effiziente Märkte mit sozialer Fairness

und wirtschaftliche Freiheit mit elementarer sozialer Sicherheit zu kombinieren und damit die „Lifestyle-Supermacht“ der Welt zu werden. Erkauft würde dies allerdings mit den höchsten Sozialausgaben der Welt. Die Arbeitnehmer seien zu sehr geschützt und zu wenig mobil, sie arbeiteten zu wenig lang, Arbeitsmärkte seien ineffizient, Sozialsysteme zu großzügig, Arbeitsrecht und Kündigungsschutz zu strikt, der Staat sei zu groß und all diese Faktoren würden Wachstum und Produktivität beeinträchtigen.

Auch der Internationale Währungsfonds empfiehlt noch immer die traditionellen Strukturreformen, zu denen auch die Liberalisierung der Arbeitsmärkte gehört, d.h. weniger Rechte für Arbeitnehmer, mehr Flexibilisierung und damit Prekarisierung. Allerdings haben Ökonomen des IWF mittlerweile Ungleichheiten als zentrale Ursache der Krise anerkannt¹⁷ und eigene Fehler bei der Berechnung der Folgen der Austeritätspolitik¹⁸ zugegeben.

*langsameres Um-
denken des IWF*

Auch die OECD fordert in ihrer Flaggschiffpublikation „Going for Growth“¹⁹ regelmäßig angebotsorientierte Strukturreformen. Sie hat zwar etwas zögerlich die steigenden Ungleichheiten in zwei großen Studien²⁰ aufgegriffen, diese aber auf die Ungleichheit der Arbeitseinkommen fokussiert. Die funktionale Einkommensverteilung wurde ebenso ausgeblendet²¹ wie die Verteilung der Vermögen oder der Zugang zu Bildung, Informationen, Wissen, Macht und Entscheidungen oder die Verteilungswirkungen der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Immerhin widerlegt die Studie den lang gehegten Mythos des „Trickle-down-Effekts“ und der Generalsekretär verwies bei der Publikation darauf, dass „der soziale Zusammenhalt ... sich in vielen Ländern aufzulösen (beginnt)“²².

*OECD-Studie
widerlegt Mythos
des „Trickle-
down-Effekts“*

Mit den Politikempfehlungen zur Bekämpfung der Krise reihte sie sich aber trotzdem ein in den Chor der Stimmen von der Weltbank bis zum Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), die den Wohlfahrtsstaat entweder als reformbedürftig (Weltbank²³) oder gar „am Ende“ (Draghi²⁴) sahen: Sozialsysteme werden zwar einerseits gelobt, weil sie in der Krise Arbeitsplatzverluste oder Einkommenseinschnitte gemildert haben, dies habe aber Kosten verursacht, vor allem durch großzügige Arbeitslosenunterstützungen, hohe Mindestlöhne und starken Kündigungsschutz²⁵.

*Kritik am Wohl-
fahrtsstaat trotz
Krisenstabilisator*

4. „Free trade is efficient“ – für wen?

*Freihandel ist
Ziel von
Handels-
abkommen*

Nach diesem Mantra wurde die Liberalisierung des Welthandels betrieben. Das offizielle Ziel von Handelsabkommen ist der Abbau von Handelshemmnissen, um dadurch den Handel zu steigern, Arbeitsplätze zu schaffen und den Entwicklungsländern ein Aufholen zu ermöglichen – nach dem Trickle-Down-Prinzip des Washington Consensus²⁶.

Wegen der schleppenden Fortschritte in der WTO – nicht nur infolge der Proteste von Globalisierungsgegnern wie in Seattle im Jahr 1999, sondern vor allem wegen unterschiedlicher Interessen in den beteiligten Ländern – haben viele Länder bzw. Regionen begonnen, regionale Handelsabkommen zu verhandeln und abzuschließen. Zu den bedeutenderen zählen das zwischen Kanada, den USA und Mexiko abgeschlossene NAFTA²⁷ sowie die aktuell in Verhandlung befindlichen Abkommen zwischen den USA und der Pazifik-Region (TPP)²⁸ und das Transatlantische Abkommen (TTIP)²⁹ zwischen den USA und Europa.

Die zentrale Idee des 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft getretenen regionalen NAFTA-Abkommens war, die US-Löhne nach unten zu drücken und den Unternehmen das Recht zu geben, Regierungen vor einem unternehmensfreundlichen internationalen Gericht zu verklagen, das keinem nationalen Rechtssystem verantwortlich ist, Regulierungen (z.B. Umweltstandards) zu unterlassen, die ihre Gewinne schmälern könnten.³⁰

*NAFTA-
Abkommen war
„bad deal“ ...*

Im Ergebnis war das NAFTA-Abkommen sowohl für die meisten Amerikaner als auch für Mexiko ein „bad deal“. Aus den für die USA versprochenen Handelsüberschüssen mit Mexiko wurden Defizite, einige 100.000 Arbeitsplätze in den USA gingen verloren und der Druck auf Löhne und Gehälter stieg. Für Mexiko blieb das erhoffte Wirtschaftswachstum weit hinter den Erwartungen, die Armutsrate sank nicht. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde das 2005 für ganz Nord- und Südamerika vorgeschlagene Freihandelsabkommen (Free Trade Area of the Americas) von den Ländern der Region rundweg abgelehnt.

Nachdem Obama in seiner Rede zur Lage der Nation am 28.1.2014 das ehrgeizigste Handels-Programm seit der Uruguay-Runde

1995³¹ angekündigt hat, laufen in den USA hitzige Debatten über Kosten und Nutzen der beiden mit Europa und der Pazifik-Region geplanten Abkommen (TPP und TTIP) .

Begründet wurden die Abkommen (wie immer) mit dem Argument, sie würden einen Anstieg des Welthandels, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und sogar eine Stärkung der Mittelklasse³² bringen. Die eigentliche Motivation liegt vermutlich in geopolitischen Überlegungen als Antwort auf den Aufstieg von China.

Die US-Gewerkschaften und Teile der Demokraten in den USA befürchten aufgrund der Erfahrungen mit dem NAFTA-Abkommen weitere Arbeitsplatzverluste und über den Druck auf die in den USA ohnehin schon niedrigen Arbeits- und Sozialstandards einen weiteren Anstieg der Ungleichheit.

Ähnliche Befürchtungen gibt es in Europa. Darüber hinaus befürchten die Gewerkschaften und andere Gegner des geplanten TTIP eine Aushöhlung der Demokratie und einen weiteren Deregulierungsschub in Europa, weil das Abkommen darauf abzielt, dass amerikanische Unternehmen Europäische Regierungen verklagen könnten, wenn Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer, der Sozialsysteme, der Konsumenten oder der Umwelt die Gewinne dieser Unternehmen reduzieren.

... ähnliche Befürchtungen auch für geplantes TTIP-Abkommen mit EU

Das wäre eine völlige Unterordnung demokratischer Entscheidungen unter ökonomische Interessen von Unternehmen. In Europa käme damit der Wohlfahrtsstaat noch stärker unter Druck. Europa – so Sharan Burrow, die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes³³ – läuft Gefahr, sein Sozialmodell zu verlieren.

Unterordnung demokratischer Entscheidungen unter ökonomische Interessen von Unternehmen

5. Soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung

Die immer noch steigenden Ungleichheiten, die den neuen Kapitalismus kennzeichnen, haben die Frage der sozialen Gerechtigkeit, des Machtausgleichs und der Fairness wieder in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gerückt.

Auf der internationalen Ebene dafür zuständig ist die Internationale Arbeitsorganisation IAO. Sie ist die einzige internationale

Organisation, in der die Gewerkschaften mit Vertretern der Regierungen und der Arbeitgeber gleichberechtigt an einem Tisch sitzen. Ihre Kernaufgabe besteht in der Entwicklung und Überwachung internationaler Arbeits- und Sozialstandards.

Obwohl es sich dabei um globale Mindeststandards handelt, haben nicht einmal die entwickelten Länder alle 189 Konventionen unterzeichnet.³⁴ Dies gilt sogar für die 8 Abkommen der vier Kernarbeitsnormen zu den Themen Vereinigungsfreiheit, Zwangsarbeit, Diskriminierung und Kinderarbeit: Die USA haben lediglich 2 dieser 8 Konventionen ratifiziert, je eine zur Zwangsarbeit und zur Kinderarbeit. Österreich hat alle 8 Konventionen zu den Kernarbeitsnormen vollständig unterzeichnet, von den insgesamt 189 Konventionen aber auch nur 54.³⁵

Agenda für menschenwürdige Arbeit

Mit der Agenda für menschenwürdige Arbeit³⁶ von 1999 hat die IAO ihre Arbeit auf vier strategische Ziele ausgerichtet: Umsetzung der Kernarbeitsnormen, menschenwürdige Beschäftigung mit ausreichendem Einkommen, Stärkung der sozialen Sicherheit sowie Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern. 2004 präsentierte die Weltkommission für die Soziale Dimension der Globalisierung, an der auch IWF, Weltbank und WTO beteiligt waren, den Bericht „Eine faire Globalisierung“, der eine umfangreiche Analyse der Folgen der Globalisierung vorlegte und eine Reihe von Anstößen für die Gestaltung der Globalisierung bietet. Die 2008 verabschiedete Erklärung über soziale Gerechtigkeit zielt ab auf die Schaffung menschenwürdiger Arbeit als wesentliches Mittel zur Arbeitsbekämpfung und verbesserte Kohärenz in der internationalen Politik.³⁷

6. Policy Coherence

kohärente Politik findet nicht statt

Eine kohärente Politik ist mittlerweile zwar ein allgemein anerkanntes Ziel, in der Praxis funktioniert sie aber oft nicht einmal innerhalb einer Organisation.

Regierungen unterstützen immer wieder in einer Organisation Politiken für Beschäftigung und gegen Armut, während sie gleichzeitig in einer anderen makroökonomische Politiken unterstützen, die Auswirkungen auf Beschäftigung und Armut vernachlässigen. Internationale Organisationen empfehlen immer noch gebetsmüh-

lenartig Strukturreformen, zu denen auch die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Abbau des Wohlfahrtsstaats zählt, obwohl in ihren Zielen von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt bzw. einer Steigerung der Lebensstandards die Rede ist.

gebetsmühlenartige Einforderung von Struktur-reformen trotz fataler Folgen

Die OECD hat beispielsweise im Länderbericht für die Slowakei mit der Empfehlung „... workers should be allowed to price themselves into markets and employment“³⁸ offen zum Abbau von Arbeitsrechten und zur Schwächung von Arbeitsmarktinstitutionen aufgerufen. Die Weltbank hat nicht nur in ihrer Studie über den Europäischen Wohlfahrtsstaat³⁹, sondern auch in ihrem „Doing Business“⁴⁰-Indikator immer wieder darauf hingewiesen, dass Arbeitsrecht und Sozialsysteme schlecht für die wirtschaftliche Performance seien. Mittlerweile spricht sich zwar herum, dass allzu große Ungleichheiten und eine allzu rigide Austeritätspolitik negative Auswirkungen auf Wachstum, Beschäftigung, Nachfrage und Ungleichheiten haben. An der Politik der Strukturreformen wird dennoch festgehalten.

Das zeigt deutlich, wo in der globalen Wirtschaft die Prioritäten liegen.

7. Sonderfall EU – trotzdem verliert Europa sein Gesellschaftsmodell

Eine Sonderstellung nimmt in diesem Umfeld die Europäische Union ein. Die politische und wirtschaftliche Integration geht hier wesentlich tiefer als in oben geschilderten Institutionen. Die EU hat als einziges supranationales „Gebilde“ ein Parlament, dessen Befugnisse zwar weniger weit reichen als die nationaler Parlamente, das sich aber sukzessive zunehmende Entscheidungskompetenzen erkämpft hat.

Auch das Gesellschaftsmodell, das auf den Prinzipien des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts beruht, unterscheidet sich (noch) von anderen. Arbeitnehmer-Vertreter und der Soziale Dialog spielen eine größere Rolle, auch wenn sie in den wirklich wichtigen Beratungsgruppen der Kommission oft als Feigenblatt eingeladen werden und sich dort einer Übermacht von Industrievertretern gegenübersehen.

in der EU spielt der Soziale Dialog größere Rolle

Im Zug der Krisen und nachdem sie die Banken gerettet und den Finanzsektor stabilisiert hatten, haben Ende 2010 fast alle Mitgliedsstaaten die Verschuldungsgrenze der Eurozone überschritten. Daraufhin wurde, auf der Grundlage der bisherigen Verträge in einem intransparenten Verhandlungs-Prozess ein neuer Regelungsrahmen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik mit dem Titel Europa 2020 entwickelt.⁴¹ Die darin inkludierten Instrumente ermöglichen ein direktes Eingreifen in Politik- und Regulierungsfelder, die bisher Domäne der Mitgliedsstaaten und der Kollektivvertragspartner waren.

Krisenbewältigung hat auch Rahmenbedingungen für Gewerkschaften verschlechtert

Dieses neue Regime ist verbunden mit einer Reihe von Verletzungen der Interessen der Arbeitnehmer und einer drastischen Verschlechterung der Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften arbeiten. Zur Verringerung der Defizite planen die Regierungen weiter drastische Einschnitte in Sozialsysteme. Die Reduzierung der Entgelte für Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit steigern den Druck auf Arbeitnehmer und intensivieren den Reservearmee-Effekt auf dem Arbeitsmarkt. Das wieder senkt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Gleichzeitig schränken fiskalische Restriktionen die Handlungsfähigkeit des Staates ein.

Die Gewerkschaften in den EU-Staaten konzentrieren sich immer noch in erster Linie auf die Verteidigung der Interessen ihrer Mitglieder im Bereich der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bemühungen, die Europa-Politik der Regierungen und damit die Krisenpolitik auf europäischer Ebene zu beeinflussen, blieben ebenso unterentwickelt wie Bemühungen zur Koordinierung von Umverteilungskampagnen über nationale Grenzen hinweg.

8. Arbeitnehmer und Gewerkschaften im globalisierten Kapitalismus

Annäherung der Interessen von Finanz- und Realkapital, gegen Arbeitnehmer

Nach Stephan Schulmeister führt die neue Spielanordnung des Kapitalismus zu einer Annäherung der Interessen von Finanzkapital und Realkapital, gegen die Arbeitnehmer. Gewerkschaften und andere den Arbeitnehmern nahestehende Organisationen haben es in diesem globalisierten Kapitalismus schwer.

Der nationale Handlungsspielraum der Gewerkschaften wurde durch die Globalisierung eingeschränkt. Die großen Unterschie-

de in den Sozial- und Arbeitsstandards haben einen weltweiten Wettbewerb der Arbeitnehmer um die Arbeitsplätze ausgelöst und Arbeitgebern ein Drohpotential gegeben, mit dem sie den Handlungsspielraum der Gewerkschaften auf der nationalen Ebene einschränken. Die Krise wird nach dem Grundsatz „never waste a good crisis“ auf allen Ebenen genutzt, um konsequent Strukturreformen zu verlangen und umzusetzen, die die Rechte und Macht der Gewerkschaften systematisch weiter einschränken.

In den USA, die die beiden Konventionen der IAO zur Vereinigungsfreiheit nicht ratifiziert haben, droht sich die Einschränkung von Gewerkschaftsrechten von einzelnen Staaten über das ganze Land auszudehnen. In Wisconsin wurde im März 2011 ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Rechte der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor auf Kollektiv-Vertrags-Verhandlungen auf Löhne und Gehälter eingeschränkt wurden. Der Gouverneur wollte damit Einsparungen sicherstellen.⁴² Auch in Ohio wurde im April 2011 ein Gesetz verabschiedet, das Kollektiv-Vertrags-Rechte reduziert und Streiks unmöglich macht⁴³.

*in den USA
Einschränkung
von Gewerk-
schaftsrechten*

Im Volkswagen-Werk in Chattanooga, Tennessee, hat der Volkswagen-Konzern bisher vergeblich versucht, einen Betriebsrat nach deutschem Vorbild zu installieren. Das Vorhaben war auf erbitterten Widerstand der örtlichen Republikaner und konservativer Gruppen gestoßen. Entsprechend den US-Gesetzen, die für gewerkschaftliche Aktivitäten hohe Hürden errichten, musste die Belegschaft am 15.2.2014 darüber abstimmen, ob sie sich von der für die Autobranche zuständigen Gewerkschaft United Auto Workers UAW vertreten lassen und damit einen Betriebsrat nach deutschem Vorbild schaffen wolle. Die Belegschaft entschied sich dagegen. Werkschef Frank Fischer kündigte an, dass Volkswagen nach einem anderen Weg suchen werde, einen Betriebsrat zu gründen.⁴⁴

In Europa zerstört die Troika⁴⁵ im Rahmen der Strukturreformen zur Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit die Flächentarifverträge durch mehr oder weniger offene Eingriffe in die Tarifautonomie. Eine radikale Dezentralisierung der Tarifpolitik, die sogar auf eine offene Abschaffung der Flächentarifverträge zielt, soll das Tarifvertragssystem und die Rolle der Gewerkschaften insgesamt schwächen.⁴⁶ Selbst wenn diese Attacken der DG ECGeneraldirek-

*in Europa ge-
fährdet Troika
die Tarifauto-
nomie*

tion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission (DG ECFIN) von der Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales (DG EMPL) offen kritisiert werden, ist es innerhalb der Troika jedoch gerade die DG ECFIN, die zusammen mit der EZB und dem IWF die Vorgaben für die nationalen „Reformprogramme“ formuliert⁴⁷.

Dezentralisierung von Lohnverhandlungen: gesetzliche Maßnahmen in Italien und Spanien

In Griechenland und Rumänien haben die Regierungen auf Druck der Troika die Mindestlohnverhandlungen suspendiert und im Falle Griechenlands sogar eine Kürzung des Mindestlohns um mehr als 20% durchgesetzt, was von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) als offener Verstoß gegen die Tarifautonomie gewertet wurde. In Italien und Spanien haben die Regierungen auf gesetzlichem Wege die Dezentralisierung radikalisiert, indem sie das Günstigkeitsprinzip abgeschafft und damit de facto den uneingeschränkten Vorrang betrieblicher Vereinbarungen vor Flächentarifverträgen festgeschrieben haben. In Portugal, wo traditionell alle wichtigen Branchentarifverträge quasi automatisch allgemeinverbindlich erklärt wurden, wurden auf Druck der Troika – ähnlich wie in Deutschland – hohe Hürden für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung eingeführt, so dass in Zukunft nur noch wenige Tarifverträge allgemeinverbindlich erklärt werden dürften. In einigen Ländern wie z.B. Griechenland, Spanien oder Portugal wurde auch nichtgewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen ein Verhandlungsrecht in Betrieben eingeräumt. In Spanien hat sich die Anzahl der im Jahr 2012 gültigen Tarifverträge in nur zwei Jahren gegenüber dem Jahr 2010 fast halbiert.⁴⁸

Europäisches Semester: Forderungen zur Reform der Tarifpolitik ohne Legitimation

Obwohl der EU-Vertrag Kompetenzen im Bereich der Lohn- und Tarifpolitik explizit ausschließt, enthalten die im Rahmen des Europäischen Semesters formulierten Empfehlungen für die meisten EU-Staaten auch Forderungen zur Reform der Tarifpolitik. Empfehlungen für eine stärkere Dezentralisierung beschränken sich dabei keineswegs nur auf die aktuellen Krisenstaaten.

Mit der Einführung des neuen Verfahrens zur Bekämpfung ökonomischer Ungleichgewichte in der EU könnten Mitgliedsstaaten in Zukunft sogar mit Sanktionen belegt werden, z.B. wenn die von der EU vorgegebene Marge zur Erhöhung der Lohnstückkosten überschritten wird. Auf diese Weise könnten über kurz oder lang auch die heute noch relativ gefestigten Flächentarifvertragssysteme in West- und Nordeuropa ins Schussfeld gelangen.⁴⁹

9. Was tun?

Von alleine ist eine Trendwende nicht zu erwarten. Sozialer Fortschritt muss immer erkämpft werden. Zunächst sind dafür die Veränderungen im neuen Kapitalismus sowie die wirtschaftlichen und politischen Machtverschiebungen und ihre Folgen für die Demokratie zu analysieren.

sozialer Fortschritt muss erkämpft werden ...

Angesichts dieser Machtverhältnisse im neuen Kapitalismus ist der Aufbau einer Gegenmacht erforderlich. Dazu braucht man die Bürger, und ein Bildungswesen, das ihnen erklärt, wie der moderne Kapitalismus und die Demokratie funktionieren, wer welche Interessen vertritt, welche wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen welche Auswirkungen auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen haben. Kurz, wir brauchen eine klassische Aufklärung⁵⁰.

... und Aufbau einer Gegenmacht ist erforderlich

Schließlich brauchen wir ein Programm, das ähnlich wie der New Deal in den USA Maßnahmen beinhaltet, die die Spielanordnung des Kapitalismus wieder umdrehen und eine neue Allianz zwischen Realkapital und Arbeitnehmern schaffen. Unternehmen können ihre Produkte und Leistungen nur verkaufen und die Wirtschaft kann sich nur erholen, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestärkt wird. Roboter kaufen keine Autos und prekarierte oder arbeitslose Arbeitnehmer auch nicht. Daher müssen die Angriffe auf Arbeitsrecht und Gewerkschaften eingestellt werden.

Gewerkschaften – und andere politische Akteure – ihrerseits müssen neue Allianzen schmieden und auch die internationale Ebene stärker in ihren Fokus nehmen. Eine Konzentration auf das eigene Bundesland reicht nicht. Hilfreich dafür wäre, die übliche Dichotomie zwischen nationaler Ebene einerseits und internationaler Ebene andererseits zu ersetzen durch eine problemorientierte Betrachtungsweise sowohl in der Analyse und in der politischen Aktion als auch in der Kommunikation.

neue Allianzen sind zu schmieden und internationale Ebene ist zu stärken

Ein illustratives Beispiel dazu bildet die Wohnbaupolitik: Österreich hat im Lauf der Zeit eine im internationalen Vergleich ziemlich erfolgreiche Wohnbaupolitik entwickelt. Ein starker gemeinwirtschaftlicher Sektor hat mit Unterstützung durch die Wohnbauförderung mit ihrem gelungenen Mix aus Subjekt- und Objektförderung über lange Zeit das Wohnungsangebot und die Preise den Bedürfnissen und der

Beispiel Wohnbaupolitik

finanziellen Leistungsfähigkeit halbwegs angepasst. Die damit gelungene soziale Durchmischung hat die Bildung von Ghettos, wie wir sie aus anderen Ländern kennen, weitgehend verhindert. So weit, so gut.

Dieses Ergebnis ist aber nicht im Interesse aller Akteure in diesem Sektor. Seit einiger Zeit gibt es daher vermehrte Bestrebungen, dieses Modell wieder zurückzudrehen. Privatisierungen drängen den gemeinwirtschaftlichen Sektor zurück, die Zweckwidmung der Wohnbauförderung wurde abgeschafft, und in Oberösterreich wurden die Bedingungen für die Gewährung der Wohnbeihilfe dahingehend verschärft, dass sogar alleinerziehenden Müttern – die nach allen Studien am meisten armutsgefährdet sind und für die das ein Existenzproblem darstellt! – die Wohnbeihilfe gekürzt wurde⁵¹. Gleichzeitig haben zwei österreichische Abgeordnete im Europäischen Parlament gegen einen Bericht zur Förderung des sozialen Wohnbaus in Europa gestimmt⁵². Das zeigt deutlich, dass Interessengruppen, denen die am Bürger orientierte Wohnbaupolitik ein Dorn im Auge ist, auf allen Ebenen versuchen, das Modell zu untergraben. Diese Gesamtschau gilt es, transparent zu machen und zu kommunizieren.

Dazu müssen wir aber die österreichische Innenzentriertheit überwinden. In Österreich besteht immer noch eine gewisse Tendenz, die internationale Entwicklung außen vor zu lassen. Selbst Entscheidungsträger interessieren sich nicht oder wenig für Vorgänge auf der europäischen oder internationalen Ebene, sondern konzentrieren sich auf die regionale Realität. Das greift aber im globalisierten Kapitalismus deutlich zu kurz.

auf internationaler Ebene einbringen

Auch ein kleiner Staat muss sich auf der internationalen Ebene einbringen, wenn er die Entscheidungen nicht völlig anderen überlassen will. Man tut aber gut daran, strategische Allianzen zu bilden. Das wiederum erfordert eine rechtzeitig erarbeitete Strategie mit inhaltlichen Positionen, die tunlichst innerösterreichisch koordiniert werden sollten. Hilfreich wäre auch, den Fundus und die Erfahrungen der österreichischen Sozialpartner und vorhandene wissenschaftliche Erkenntnisse zu nutzen. Pläne für die Verhandlungen sowie aktive und in mehreren Sprachen verhandlungsfähige Vertreter ebenso.

Wenn Europa sein Gesellschaftsmodell nicht verlieren will, ist es höchste Zeit.

Anmerkungen

1. Thomas Piketty 2013
2. Stephan Schulmeister 2013
3. Schulmeister 2013, S. 122. Piketty verwendet den *return on capital* – Details siehe Milanovic 2013, S. 4.
4. Schulmeister 2013, S. 123
5. Schulmeister 2013, S. 124 und 150
6. Jakob Augstein 2013
7. Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit
8. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
9. Pascal Lamy 2004
10. http://de.wikipedia.org/wiki/Multilaterales_Investitionsabkommen; 17.2.2014
11. <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/>; TTIP = Transatlantic Trade and Investment Pakt; = Transatlantischer Pakt für Handel und Investitionen
12. Diese Überschrift bezieht sich auf zwei Artikel, die ich zu diesem Thema 2003 und 2012 geschrieben habe.
13. http://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Consensus; 17.2.2014
14. Nach dem englischen Ausdruck auch als „Trickle-down-Ansatz“ benannt.
15. Edward Whitehouse 2009
16. Weltbank 2012
17. Michael Kumhof, Romain Rancière and Pablo Winant 2013 sowie Michael Kumhof and Romain Rancière 2010
18. Olivier Blanchard and Daniel Leigh 2013
19. <http://www.oecd.org/eco/growth/goingforgrowth.htm>; 18.2.2014
20. OECD 2008 und OECD 2011 (a)
21. Allerdings enthält die Flaggschiffpublikation der OECD „Going for Growth“ 2012 ein Kapitel über die funktionale Einkommensverteilung.
22. OECD 2011 (b)
23. Weltbank 2012
24. Mario Draghi 2012
25. OECD 2012 (a)
26. http://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Consensus
27. Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
28. Trans-Pazifik-Pakt
29. Transatlantischer Pakt für Handel und Investitionen
30. Mark Weisbrot 2014
31. Financial Times 30.1.2014
32. Michael Froman 2014
33. bei der jährlichen Konferenz des „Cercle des Economistes“ in Aix-en-Provence im Juli 2013
34. An der Spitze dieser Übersicht stehen Spanien (133), Frankreich (125), Italien (113), Norwegen und Uruguay (109), die Niederlande (107), Belgien, Finnland und Luxemburg (jeweils 103) sowie Bulgarien (101). http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:10015:0::NO:10015:P10015_DISPLAY_BY,P10015_CONVENTION_TYPE_CODE:1,U; 16.2.2014
35. http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:10015:0::NO:10015:P10015_DISPLAY_BY,P10015_CONVENTION_TYPE_CODE:1,U; 16.2.2014
36. Decent Work Agenda
37. http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:10015:0::NO:10015:P10015_DISPLAY_BY,P10015_CONVENTION_TYPE_CODE:1,U; 16.2.2014
38. OECD 2010: OECD Economic Surveys: Slovak Republic, November 2010 <http://www.oecd.org/dataoecd/4/8/46478358.pdf>
39. Siehe oben Seite 136de
40. <http://www.doingbusiness.org/>
41. Vgl. dazu und im Folgenden: Steffen Lehndorff, Ed., 2011
42. <http://www.reuters.com/article/2011/03/10/us-wisconsin-idUSTRE72909420110310>,

- 17.2.2014
43. <http://www.reuters.com/article/2011/04/01/us-ohio-unions-governor-idUSTRE72U62W20110401>, 17.2.2014
 44. <http://www.br.de/nachrichten/tagesschau/tagesschau-vw-usa-betriebsrat-100.html>, 17.2.2014
 45. Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds
 46. Vgl. dazu auch Stephan Schulmeister 2013
 47. Vgl. dazu und im folgenden Torsten Schulten 2013
 48. Schulten/Müller, in: Torsten Schulten 2013
 49. Torsten Schulten 2013
 50. Petra Dobner 2013
 51. <http://diestandard.at/1363711864905/Oberoesterreich-AlleinerzieherInnen-vor-Kuerzung-der-Wohnbeihilfe>
 52. <http://www.votewatch.eu/en/social-housing-in-the-european-union-motion-for-resolution-vote-resolution-as-a-whole.html#vote-tabs-list-4>

Literatur:

- Jakob Augstein 2013: Sabotage – Warum wir uns zwischen Demokratie und Kapitalismus entscheiden müssen, Carl Hanser Verlag, München 2013
- Bayerischer Rundfunk – Tagesschau 15.2.2014 – Votum der Mitarbeiter. Kein VW-Betriebsrat in den USA <http://www.br.de/nachrichten/tagesschau/tagesschau-vw-usa-betriebsrat-100.html>, 17.2.2014
- Olivier Blanchard and Daniel Leigh 2013: Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers, IMF Working Paper, WP/13/1, IMF 2013.
- Petra Dobner 2013: Dass niemand ganz bekommt, was er gern hätte, liegt im Wesen des Staates, Falter 42/13, S.12
- Mario Draghi 2012: <http://derstandard.at/1329870252237/Sparen-sparen-sparen-EZB-Chef-sieht-Ende-des-Sozialstaates>.
- Die Standard – Oberoesterreich-AlleinerzieherInnen-vor-Kuerzung-der-Wohnbeihilfe – 22.5.2013 <http://diestandard.at/1363711864905/Oberoesterreich-AlleinerzieherInnen-vor-Kuerzung-der-Wohnbeihilfe>, 17.2.2014
- EU-Kommission – TTIP: <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/17.2.2014>
- Votewatch Europe – Social Housing 11.6.2013 <http://www.votewatch.eu/en/social-housing-in-the-european-union-motion-for-resolution-vote-resolution-as-a-whole.html#vote-tabs-list-4>, 18.2.2014
- Financial Times 30.1.2014: Rescuing America's global Trade Agenda
- Michael Froman, 2014: US trade deal remains on track, Financial Times 3.2.2014
- Internationale Arbeitsorganisation – Konventionen Arbeits- und Sozialrecht: http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:10015:0::NO:10015:P10015_DISPLAY_BY,P10015_CONVENTION_TYPE_CODE:1,U;16.2.2014
- Michael Kumhof, Romain Rancière and Pablo Winant 2013: Inequality, Leverage and Crises: The case of endogenous default, IMF Working Paper, WP/13/249, IMF 2013
- Michael Kumhof and Romain Rancière 2010: Inequality, Leverage and Crises, IMF Working Paper, WP/10/268, IMF 2010.
- Pascal Lamy 2004: The emergence of collective preferences in international trade – implications for regulating globalization; http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2004/september/tradoc_118929.pdf
- Steffen Lehndorff, Ed. 2011: A triumph of failed ideas – European models of capitalism in the crisis, ETUI, Brussels, 2011
- Branko Milanovic 2013: The return of „patrimonial capitalism“: review of Thomas Piketty's Capital in the 21st century; First Draft of a Review forthcoming in June 2014 Issue of the Journal of Economic Literature;
- OECD – Going for Growth: <http://www.oecd.org/eco/growth/goingforgrowth.htm>; 18.2.2014

- OECD 2008: Growing Unequal?, Paris, OECD 2008
- OECD 2010: OECD Economic Surveys: Slovak Republic, Paris, OECD, November 2010 <http://www.oecd.org/dataoecd/4/8/46478358.pdf>
- OECD 2011 (a): Divided we stand – Why inequalities keep rising, Paris, OECD, 2008
- OECD 2011 (b): Rede des Generalsekretärs anlässlich der Präsentation der Studie am 5. Dezember 2011 in Paris - http://www.oecd.org/document/22/0,3746,en_21571361_44315115_49185046_1_1_1_1,00.html
- OECD 2012 (a): Going for Growth 2012: Structural Reforms can make the difference – Remarks by Angel Gurría, OECD Secretary General. http://www.oecd.org/document/46/0,3746,en_21571361_44315115_49746478_1_1_1_1,00.html
- Thomas Piketty 2013: Le capital au XXI^e siècle, Paris, Editions du Seuil, 2013
- Reuters – Wisconsin passes anti-union law in labour rebuke 10.3.2011: <http://www.reuters.com/article/2011/03/10/us-wisconsin-idUSTRE72909420110310,17.2.2014>
- Reuters – Ohio governor signs anti-union bill 1.4.2011: <http://www.reuters.com/article/2011/04/01/us-ohio-unions-governor-idUSTRE72U62W20110401,17.2.2014>
- Stephan Schulmeister 2013: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei „Spielordnungen“ und zwei Phasen des „langen Zyklus“, in: Jürgen Kromphardt (Hg.): Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie und empirische Analysen, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Band 7, Marburg 2013.
- Torsten Schulten 2013: Die Troika und der Flächentarifvertrag; die Zukunft Ausgabe 09/2013; <http://diezukunft.at/?p=2960>; 17.2.2014
- Mark Weisbrot 2014: Twenty Years since NAFTA: Mexico could have done worse, but it's not clear how. The Guardian 4.1.2014
- Weltbank – Doing Business: <http://www.doingbusiness.org/>
- Weltbank 2012: Indermit Gill, Martin Raiser (World Bank): Golden Growth. Restoring the lustre of the European Economic Model, Jänner 2012
- Wikipedia – Multilaterales Investitionsabkommen: http://de.wikipedia.org/wiki/Multilaterales_Investitionsabkommen; 17.2.2014
- Wikipedia – Washington Consensus: http://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Consensus; 17.2.2014
- Edward Whitehouse 2009: Pensions and the crisis, OECD, Paris 2009; <http://www.asb.unsw.edu.au/research/australianinstituteforpopulationageingresearch/Documents/E.%20Whitehouse%20-%20Pensions%20and%20the%20crisis.pdf>; 18.2.2014

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at